

102.11 Jolles

PRO/mm

532.441

28. September 1977

Kurzbericht über Gespräch Leutwiler / Jolles / Probst
mit H.J. Witteveen, Managing Director IMF

Anwesend: William Dale, Deputy Managing Director

Ausserdem zum Lunch beigezogen:

Joseph Gold, General Counsel

Walter Habermeier, Treasurer

L.A. Whittome, Deputy Director, European Dept.

Hauptgegenstand des Gesprächs bildete die Frage eines eventuellen freiwilligen Beitrags der Schweiz an die Mittel des IMF zur Unterstützung der hilfebedürftigen Entwicklungsländer. Zwei Varianten für einen solchen Beitrag stehen im Vordergrund:

- einerseits "voluntary contributions" an den (durch die IMF-Goldverkäufe geäuften) Trust-Fund;
- andererseits Schaffung eines "Interest Subsidy Fund" zur "Supplementary financing facility" (sog. "Witteveen facility").

./.



Die Chancen einer Verwirklichung des "Interest Subsidy Fund" erscheinen gemäss W. noch ungewiss. Die USA haben neue Komplikationen geschaffen und scheinen ernsthafte Bedenken zu hegen. Auch andere Industrieländer dürften noch recht "reluctant" sein. Dies gilt namentlich für die BRD, die sich eher negativ und reserviert gibt, aber wohl mitmachen würde, wenn sich auch die USA zu einer entsprechenden Aktion bereit fänden. Grossbritannien und die Niederlande wären demgegenüber gewillt, einen Beitrag zu leisten. Noch kein Hinweis liegt von Seiten Japans vor. Die ganze Frage ist auch stark politisch impliziert. Für den Moment geht die allgemeine Ansicht dahin, dass ein Entscheid noch verfrüht wäre und zunächst das effektive "credit funding" abgewartet werden sollte.

Rein überschlagsmässig müssten gemäss W., wenn man 1 - 2 Mrd. SDR der facility für "low income countries" über 5 Jahre zinsmässig von 7 auf 5 % verbilligen wollte, was ihm vernünftig erschiene, insgesamt 100 - 200 Mio SDR bereitgestellt werden können.

Im Sinne einer persönlichen Meinungsäusserung bemerkt L. dazu, dass ihm ein schweizerischer Beitrag in Richtung Zinsverbilligung als möglicher Weg erschiene. Der für die facility grundsätzlich vereinbarte Zins von 7 % liegt in der Tat

höher als jener für kurzfristige Gelder in schweizerischen Verhältnissen. Persönlich wäre er gewillt, seitens der Nationalbank für den schweizerischen Beitrag an die "Witteen facility" auf eine Differenz von rund 2 % zu verzichten, bzw. den Gegenwert der Differenz dem "Interest Subsidy Fund" zur Verfügung zu stellen. Dies könnte entweder durch jährlich direkte Beiträge der SNB an den Zinsverbilligungsfonds oder vielleicht noch besser auf dem Wege über die schweizerische Regierung geschehen, die dann ihrerseits die Ueberweisung an das Fonds-Konto vornehmen könnte. Indem ein solcher Beitrag von der SNB ausginge, liessen sich die sonst für die Regierung zu erwartenden Budgetschwierigkeiten (Parlament - Referendum) vermeiden. - Er, L., hoffe, dass sich auch andere Länder die Konzeption einer Zinsverbilligung zu eigen machen könnten.

J. fügt seinerseits - im Sinne eines lauten Denkens - bei, dass die Regierung eine solche Regelung sehr sorgfältig prüfen würde, wobei aber gegebenenfalls drei Bedingungen erfüllt werden müssten, nämlich:

- dass der schweizerische Zinsverbilligungsbeitrag, was für uns unerlässlich ist, offiziell vom DAC als ODA anerkannt werde;
- dass seitens des IMF eine gewisse "conditionality" an die so verbilligten Kredite geknüpft werde;

./.

- dass der Schweiz ein gewisses "droit de regard" hinsichtlich der Zuteilung der Kredite an bestimmte Länder und des Verwendungszwecks gewährt werde (ungeachtet des Umstandes, dass wir nicht IMF-Mitglied sind). Dieser Punkt ist für uns politisch-psychologisch (vgl. Ablehnung der IDA-4) besonders wichtig.

W. glaubt - und seine Mitarbeiter teilen diese Ansicht - dass diese Bedingungen erfüllbar wären. Hinsichtlich der Anerkennung der ODA sieht er kein ernstliches Problem. Auch die "conditionality" ist gewährleistet. Was das "droit de regard" betrifft, so könnten wir periodisch über die IMF-Politik, die begünstigten Länder (grösster snowball-Effekt) etc. gleich wie ein IMF-Mitglied orientiert werden und hätten Gelegenheit, Kommentare dazu anzubringen. Welchem Land der eigene Beitrag eines einzelnen IMF-Mitglieds jeweils zufließt, wissen allerdings auch die Mitgliedstaaten jeweils nicht. Auf jeden Fall würden wir aber gegenüber Mitgliedstaaten hinsichtlich der Orientierung in keiner Weise diskriminiert.

Sollte obige Idee bei uns Boden gewinnen, so würde es W. als sehr hilfreich empfinden, von schweizerischer Seite einen entsprechenden "letter of intent" zu erhalten, den er gegenüber anderen potentiellen Geberländern zur Geltung bringen könnte. J. möchte dies von offizieller Seite erst tun, wenn

berechtigte Aussicht auf einen Erfolg der Idee bestünde. Doch erklärt sich L., sofern seine Konsultationen in der Schweiz ermutigend verlaufen, geneigt, einen solchen Brief, der für die Regierung zunächst noch gänzlich unverbindlich wäre, seitens der SNB ins Auge zu fassen.

Sollte sich die Idee des "Interest Subsidy Fund", der wohlverstanden nur den "low income countries" zugute käme, als nicht realisierbar erweisen, so wäre schweizerischerseits die zweite Möglichkeit eines direkten Beitrags an den Trust Fund zu prüfen.

(R. Probst)